

---

## S 5 SB 369/17

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

|               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
|---------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Land          | Bundesrepublik Deutschland                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |
| Sozialgericht | Bundessozialgericht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| Sachgebiet    | Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| Abteilung     | -                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| Kategorie     | Urteil                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
| Bemerkung     | -                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| Rechtskraft   | -                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| Deskriptoren  | Schwerbehindertenrecht – GdB-<br>Herabsetzungsbescheid – Wirkung „ab<br>Bekanntgabe“ – hinreichende<br>Bestimmtheit – Bekanntgabefiktion –<br>Ermittelbarkeit des genauen<br>Bekanntgabezeitpunkts im Einzelfall –<br>Beweisebene – Erkennbarkeit des<br>Wirksamkeitsbeginns gegenüber Dritten –<br>Informations- und Mitwirkungspflichten<br>des Bescheidempfängers –<br>sozialrechtliches Verwaltungsverfahren                                                                                                                                                         |
| Leitsätze     | Ein Bescheid über die Herabsetzung des<br>Grads der Behinderung ist auch dann<br>hinreichend bestimmt wenn er kein<br>konkretes Datum für den Beginn der<br>Herabsetzung enthält sondern diese<br>ausdrücklich ab dem Zeitpunkt seiner<br>Bekanntgabe anordnet.                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |
| Normenkette   | SGB X <a href="#">§ 33 Abs 1</a> ; SGB X <a href="#">§ 37 Abs 1 S 1</a> ;<br>SGB X <a href="#">§ 37 Abs 2 S 1</a> ; SGB X <a href="#">§ 39 Abs 1 S 1</a> ;<br>SGB X <a href="#">§ 48 Abs 1 S 1</a> ; SGB IX <a href="#">§ 69 Abs 1 S 1</a> ; SGB IX <a href="#">§ 2 Abs 2</a> J: 2018; SGB IX <a href="#">§ 152 Abs 1 S 1</a> J: 2018; SGB IX <a href="#">§ 199 Abs 1</a> J: 2018; SGB I <a href="#">§ 60 Abs 1 S 1 Nr 2</a> ; AO <a href="#">§ 90 Abs 1</a> J: 1977; BGB <a href="#">§ 611a</a> ; BGB <a href="#">§ 241 Abs 2</a> ; SGG <a href="#">§ 170 Abs 2 S 2</a> |

#### 1. Instanz

|              |               |
|--------------|---------------|
| Aktenzeichen | S 5 SB 369/17 |
| Datum        | 10.09.2019    |

#### 2. Instanz

|              |               |
|--------------|---------------|
| Aktenzeichen | L 13 SB 11/20 |
| Datum        | 25.11.2021    |

#### 3. Instanz

Ä

Auf die Revision des Beklagten wird das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 25. November 2021 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurückverwiesen.

Gründe :

I

1

Der Kläger wendet sich gegen die Herabsetzung seines Grads der Behinderung (GdB) von 80 auf weniger als 50.

2

Mit Bescheid vom 21.3.2011 stellte der Beklagte bei dem Kläger nach einer Krebserkrankung einen GdB von 80 fest. Nach Überprüfung von Amts wegen hob er diesen Bescheid mit Wirkung âab Bekanntgabeâ auf und reduzierte den GdB auf 20 (Bescheid vom 19.6.2017). An welchem Tag der Herabsetzungsbescheid zur Post aufgegeben wurde, lässt sich den Behördenakten nicht entnehmen; an den Tag seines Zugangs vermag sich der Kläger nicht zu erinnern. Den auf den 14.7.2017 datierten Widerspruch des Klägers wies der Beklagte zurück (Widerspruchsbescheid vom 8.11.2017).

3

Die hiergegen erhobene Klage hat das SG abgewiesen (Urteil vom 10.9.2019). Auf die Berufung des Klägers hat das LSG âwie vom ihm beantragtâ das erstinstanzliche Urteil geändert und den Herabsetzungsbescheid aufgehoben, soweit darin unter teilweiser Aufhebung des Bescheids vom 21.3.2011 ein GdB von weniger als 50 festgestellt worden ist (Urteil vom 25.11.2021). Der Herabsetzungsbescheid sei mangels hinreichender Bestimmtheit rechtswidrig. Unverzichtbarer Bestandteil der Feststellung eines GdB sei der Zeitpunkt ihrer Wirksamkeit, weil dieser im Rechtsverkehr eine Dokumentationsfunktion gegenüber Dritten zukomme. Für den Adressaten und für Dritte müsse erkennbar sein, ab wann die Feststellung wirke. Nichts anderes gelte, wenn die Behörde die Rechtswirkungen entsprechender Feststellungen beseitigen wolle. Soweit der Beklagte angeordnet habe, die Herabsetzung gelte âab Bekanntgabeâ, genüge der Bescheid diesen Anforderungen nicht. Der Zeitpunkt, ab dem die Herabsetzung gelten solle, sei ungewiss. Er könne weder anhand der Vorschrift des [§ 37 Abs 2 Satz 1 SGB X](#) noch durch Auslegung ermittelt werden. Unabhängig davon erweise sich der streitgegenständliche Bescheid bereits deshalb als zu unbestimmt, weil es dem Beklagten nicht gelungen sei, den Zeitpunkt der Bekanntgabe, an den er die materielle Herabsetzungsentscheidung geknüpft habe, nachzuweisen. Vor diesem Hintergrund könne es dahingestellt bleiben, ob die medizinischen

---

Voraussetzungen für eine Herabsetzung des GdB vorgelegen hätten.

4

Mit seiner Revision trägt der Beklagte die Verletzung von [§ 33 Abs 1 SGB X](#). Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Herabsetzung lasse sich eindeutig durch Auslegung feststellen. Ein verständiger Empfänger müsse die Formulierung „ab Bekanntgabe“ so verstehen, dass diese mit dem Zeitpunkt des Zugangs des Bescheids wirksam werden solle. Dieser Zeitpunkt sei für den Empfänger bestimmbar. Die Rechtsbehelfsbelehrung zur Berechnung der Widerspruchsfrist stelle darauf in gleicher Weise ab, ohne dass ein konkretes Datum benannt werden müsse. Wie der fristgemäß eingelegte Widerspruch belege, sei dem Kläger der Bescheid zugegangen; damit habe für ihn ein hinreichend bestimmter Zeitpunkt der Wirksamkeit festgestanden.

5

Der Beklagte beantragt,  
das Urteil des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg vom 25. November 2021 aufzuheben und die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Potsdam vom 10. September 2019 zurückzuweisen.

6

Der Kläger beantragt,  
die Revision zurückzuweisen.

7

Er bezieht sich auf die seiner Ansicht nach zutreffenden Gründe des angefochtenen LSG-Urteils.

II

8

Die zulässige Revision des Beklagten ist in der Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache an das LSG zur erneuten Verhandlung und Entscheidung begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG](#)).

9

A. Gegenstand des Revisionsverfahrens ist das Urteil des LSG, mit dem es auf die isolierte Anfechtungsklage ([§ 54 Abs 1 Satz 1 Alt 1 SGG](#)) des Klägers das Urteil des SG geändert und den Herabsetzungsbescheid des Beklagten vom 19.6.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 8.11.2017 ([§ 95 SGG](#)) aufgehoben hat, soweit darin unter teilweiser Aufhebung des Bescheids vom 21.3.2011 bei dem Kläger ein GdB von weniger als 50 festgestellt worden ist. Der Senat kann mangels tatsächlicher Feststellungen des LSG zu den gesundheitlichen Verhältnissen des Klägers nicht abschließend entscheiden, ob dies zu Recht erfolgt ist.

10

Rechtsgrundlage für die Herabsetzung des GdB ist [§ 48 Abs 1 Satz 1 SGB X](#).

---

Danach ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung für die Zukunft aufzuheben, wenn in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche Änderung eingetreten ist. Von einer wesentlichen Änderung im Gesundheitszustand eines behinderten Menschen ist ua dann auszugehen, wenn diese einen um wenigstens 10 veränderten Gesamt-GdB rechtfertigt (vgl BSG Urteil vom 11.11.2004      [B   9   SB 1/03   R  ](#)      juris RdNr   12; vgl auch Teil   A Nr   7 Buchst   a der Anlage zu      2 Versorgungsmedizin-Verordnung     Versorgungsmedizinische Grunds  tze    ).

11

Der Bescheid vom 21.3.2011, mit dem der Beklagte den GdB des Klägers auf 80 festgesetzt hatte, ist ein Dauerverwaltungsakt (stRspr; zB BSG Urteil vom 11.8.2015      [B   9   SB 2/15   R  ](#)      SozR 41300      48 Nr   31 RdNr   13 mwN). Diesen hat er nach Ablauf der Heilungsbewährung mit Bescheid vom 19.6.2017 wegen Änderung der gesundheitlichen Verhältnisse des Klägers für die Zukunft mit Wirkung     ab Bekanntgabe     aufgehoben. Der Herabsetzungsbescheid ist zwar gegenüber dem Kläger wirksam bekannt gegeben worden (dazu unter   1.). Ob die Herabsetzung des GdB mit Wirkung ab Bekanntgabe des Bescheids auch materiell rechtmäßig ist, kann der Senat aber nicht abschließend beurteilen (dazu unter   2.).

12

1.   Die im Bescheid vom 19.6.2017 verfügte Herabsetzung des GdB ist gemäß [     39 Abs   1 Satz   1 SGB   X](#) durch Bekanntgabe iS von [     37 Abs   1 Satz   1 SGB   X](#) gegenüber dem Kläger spätestens am 14.7.2017 wirksam geworden.

13

Nach [     37 Abs   1 Satz   1 SGB   X](#) ist ein Verwaltungsakt demjenigen Beteiligten bekannt zu geben, für den er bestimmt oder der von ihm betroffen wird. Ein Verwaltungsakt wird gemäß [     39 Abs   1 Satz   1 SGB   X](#) gegenüber demjenigen, für den er bestimmt ist oder der von ihm betroffen wird, in dem Zeitpunkt wirksam, in dem er ihm bekannt gegeben wird. Der Verwaltungsakt wird nach [     39 Abs   1 Satz   2 SGB   X](#) mit dem Inhalt wirksam, mit dem er bekannt gegeben   wird. Mit der Bekanntgabe wird der Verwaltungsakt sowohl für den Adressaten als auch für die erlassende Beh  rde bindend (vgl BSG Urteil vom 4.9.2013      [B   10   EG 7/12   R  ](#)      [BSGE 114, 180](#) =   SozR 41300      31 Nr   8, RdNr   24;       Roos/Bi  ggel in Sch  tze, SGB   X, 9.   Aufl 2020,      39 RdNr   4 und   8).

14

Der Begriff der     Bekanntgabe     ist gesetzlich nicht definiert. Dennoch ist er im Sozialverwaltungsrecht ein feststehender Rechtsbegriff, der jedenfalls heute nicht mehr ungenau oder missverständlich (so bereits BSG Urteil vom 9.4.2014      [B   14   AS 46/13   R  ](#)      [BSGE 115, 288](#) =   SozR 41500      87 Nr   2, RdNr   21; anders noch BSG Urteil vom 27.9.1983      [12   RK 75/82  ](#)      juris RdNr   14), sondern in Rechtsprechung und Schrifttum geklärt ist.

15

---

Danach ist die Bekanntgabe eines Verwaltungsakts die zielgerichtete (willentliche) Mitteilung des Inhalts eines Verwaltungsakts durch die Behörde an den Adressaten (BSG Urteil vom 15.11.2016 [âĖĖÂ BÂ 2Â U 19/15Â RÂ](#) âĖĖ SozR 42700 ÂĖÂ 131 NrÂ 2 RdNrÂ 15; BSG Urteil vom 9.4.2014 [âĖĖÂ BÂ 14Â AS 46/13Â RÂ](#) âĖĖ [BSGE 115, 288](#) =Â SozR 41500 ÂĖÂ 87 NrÂ 2, RdNrÂ 12; BSG Urteil vom 4.6.2014 [âĖĖÂ BÂ 14Â AS 2/13Â RÂ](#) âĖĖ SozR 44200 ÂĖÂ 38 NrÂ 3 RdNrÂ 22; BSG Urteil vom 4.9.2013 [âĖĖÂ BÂ 10Â EG 7/12Â RÂ](#) âĖĖ [BSGE 114, 180](#) =Â SozR 41300 ÂĖÂ 31 NrÂ 8, RdNrÂ 26; Siewert in Diering/Timme/StÄřhler, SGBÂ X, 6.Â Aufl 2022, ÂĖÂ 37 RdNrÂ 3; Engelmann in SchÄ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, ÂĖÂ 37 RdNrÂ 6, jeweils mwN; ebenso zur Parallelbestimmung in [ÂĖÂ 41](#) Verwaltungsverfahrensgesetz Baer in Schoch/Schneider, VwVfG, ÂĖÂ 41 RdNrÂ 14, Stand August 2022, mwN).

16

Die Bekanntgabe eines schriftlichen Verwaltungsakts erfolgt mit dessen Zugang. Unter Anwesenden ist dies die ÄĖbergabe des Verwaltungsakts an den Adressaten. Unter Abwesenden ist ein Verwaltungsakt nach Ä¼bereinstimmender Auffassung in Rechtsprechung (zB BSG Urteil vom 4.9.2013 [âĖĖÂ BÂ 10Â EG 7/12Â RÂ](#) âĖĖ [BSGE 114, 180](#) =Â SozR 41300 ÂĖÂ 31 NrÂ 8, RdNrÂ 26; BSG Urteil vom 3.6.2004 [âĖĖÂ BÂ 11Â AL 71/03Â RÂ](#) âĖĖ juris RdNrÂ 24; ebenso BVerwG Beschluss vom 22.2.1994 [âĖĖÂ 4Â B 212.93Â](#) âĖĖ juris RdNrÂ 3 zur Parallelbestimmung in [ÂĖÂ 41 VwVfG](#); BFH Urteil vom 9.12.1999 [âĖĖÂ IIIÂ R 37/97Â](#) âĖĖ [BFHE 190, 292](#) âĖĖÂ juris RdNrÂ 19 zur Parallelbestimmung in [ÂĖÂ 122 Abgabenordnung](#), jeweils mwN) und [Schrifttum](#) (zB Siewert in Diering/Timme/StÄřhler, SGBÂ X, 6.Â Aufl 2022, ÂĖÂ 37 RdNrÂ 4; Pattar in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ X, Stand 21.12.2020, ÂĖÂ 37 RdNrÂ 34Â f; Engelmann in SchÄ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, ÂĖÂ 37 RdNrÂ 8; ebenso Stelkens in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 10.Â Aufl 2023, ÂĖÂ 41 RdNrÂ 62; Ratschow in Klein, AO, 16.Â Aufl 2022, ÂĖÂ 122 RdNrÂ 5 und 10, jeweils mwN) [zugegangen, wenn er so in den Bereich des Adressaten \(EmpfÄřngers\) gelangt ist, dass dieser unter normalen VerhÄłtnissen die MÄĖglichkeit zur Kenntnisnahme hat. Auf dessen tatsÄřchliche Kenntnisnahme kommt es fÄ¼r den Zugang und damit die Bekanntgabe nicht an](#) (BSG Urteil vom 9.4.2014 [âĖĖÂ BÂ 14Â AS 46/13Â RÂ](#) âĖĖ [BSGE 115, 288](#) =Â SozR 41500 ÂĖÂ 87 NrÂ 2, RdNrÂ 12; Engelmann in SchÄ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, ÂĖÂ 37 RdNrÂ 8).

17

Erfolgt die Bekanntgabe des Verwaltungsakts wie hier mit einfachem Brief, so gilt ein Verwaltungsakt gemÄřÂ [ÂĖÂ 37 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben, auÄĖer wenn er nicht oder zu einem spÄřteren Zeitpunkt zugegangen ist ([ÂĖÂ 37 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ X](#)). Diese der Verwaltungsvereinfachung (vgl hierzu BSG Urteil vom 10.3.2022 [âĖĖÂ BÂ 1Â KR 6/21Â RÂ](#) âĖĖ SozR 42500 ÂĖÂ 13 NrÂ 56 RdNrÂ 23 mwN; vgl auch bereits BSG Urteil vom 19.3.1957 [âĖĖÂ 10Â RV 609/56Â](#) âĖĖ [BSGE 5, 53](#) âĖĖÂ juris RdNrÂ 15) dienende Bekanntgabe- oder Zugangsfiktion (beide Begriffe werden synonym verwendet s zB einerseits BSG Urteil vom 10.3.2022 [âĖĖÂ BÂ 1Â KR 6/21Â RÂ](#) âĖĖ SozR 42500 ÂĖÂ 13 NrÂ 56 RdNrÂ 21 und andererseits BSG Urteil vom 6.5.2010 [âĖĖÂ BÂ 14Â AS 12/09Â RÂ](#) âĖĖ SozR 41300 ÂĖÂ 37 NrÂ 1 RdNrÂ 10) greift aber nur, wenn der Tag der Aufgabe zur Post in den BehÄřrdenakten vermerkt wurde (vgl BSG Urteil vom 3.3.2009 [âĖĖÂ BÂ 4Â AS 37/08Â RÂ](#) âĖĖ [SozR 44200 ÂĖÂ 22 NrÂ 15](#)

---

RdNr 17; BSG Urteil vom 28.11.2006 [B 2 U 33/05 R](#) [BSGE 97, 279](#) = [SozR 42700 Â 136 Nr 2](#), RdNr 15; Siewert in Diering/Timme/StÄhler, SGB X, 6. Aufl 2022, Â 37 RdNr 11; Pattar in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB X, Stand 21.12.2020, Â 37 RdNr 97; Engelman in SchÄtze, SGB X, 9. Aufl 2020, Â 37 RdNr 29). Dies ist hier nach den Feststellungen des LSG nicht geschehen. Deshalb gelten im Fall des KlÄgers fÄr die Bekanntgabe des Herabsetzungsbescheids die vorgenannten allgemeinen Maßstäbe.

18

Danach ist auf Grundlage der fÄr den Senat bindenden tatsächlichen Feststellungen des LSG (vgl. [Â 163 SGG](#)) der Herabsetzungsbescheid vom 19.6.2017 spätestens am 14.7.2017 dem KlÄger iS des [Â 37 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) bekannt gegeben und damit nach [Â 39 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) wirksam geworden. Denn spätestens an diesem Tag muss der Herabsetzungsbescheid in seinen tatsächlichen Verfügbungsbereich gelangt sein, weil der KlÄger unter diesem Datum Widerspruch eingereicht hat.

19

2. Ob der Herabsetzungsbescheid des Beklagten vom 19.6.2017 materiell rechtmÄig ist, kann der Senat nicht abschließend beurteilen.

20

Zwar genÄgt er entgegen der Ansicht des LSG hinsichtlich des verfügten Wirksamkeitszeitpunkts den Anforderungen an die inhaltliche Bestimmtheit von Verwaltungsakten (dazu unter a). Ob die Herabsetzung des GdB im Äbrigen materiell rechtmÄig ist, kann der Senat aber mangels ausreichender tatsächlicher Feststellungen des LSG zu den gesundheitlichen Verhältnissen des KlÄgers nicht entscheiden (dazu unter b).

21

a) Der Bescheid ist inhaltlich hinreichend bestimmt iS des [Â 33 Abs 1 SGB X](#) (dazu allgemein unter aa), obwohl er kein konkretes Datum des Beginns seiner Wirksamkeit benennt, sondern insoweit lediglich auf seine Bekanntgabe verweist (dazu unter bb).

22

aa) Nach [Â 33 Abs 1 SGB X](#) muss ein Verwaltungsakt inhaltlich hinreichend bestimmt sein. Das Bestimmtheitserfordernis als materielle RechtmÄigkeitsvoraussetzung eines Verwaltungsakts (BSG Urteil vom 10.9.2013 [B 4 AS 89/12 R](#) [BSGE 114, 188](#) = [SozR 44200 Â 11 Nr 62](#), RdNr 15; BSG Urteil vom 29.11.2012 [B 14 AS 6/12 R](#) [BSGE 112, 221](#) = [SozR 41300 Â 45 Nr 12](#), RdNr 26) verlangt, dass dessen Verfügbungssatz nach seinem Regelungsgehalt in sich widerspruchsfrei ist und sich aus der Sicht eines verständigen ErklärungsempfÄngers in der Position des Betroffenen (objektiver Empfängerhorizont) vollständig, klar und eindeutig ergeben muss, was die BehÄrde in welchem Umfang und fÄr welchen Zeitraum will (stRspr; zB BSG Urteil vom 25.10.2017 [B 14 AS 9/17 R](#) [SozR 41300 Â 45 Nr 19](#) RdNr 17; BSG Urteil vom 17.12.2009 [B 4 AS 20/09 R](#) [BSGE](#)

---

[105, 194](#) =Ä SozR 44200 Ä§Ä 31 NrÄ 2, RdNrÄ 13; BSG Urteil vom 28.6.1990 â□□Ä [4Ä RA 57/89Ä](#) â□□ [BSGE 67, 104](#) =Ä SozR 31300 Ä§Ä 32 â□□Ä juris RdNrÄ 31). Unklarheiten gehen insoweit zu Lasten der BehÄ¶rde (BSG Urteil vom 3.4.2014 â□□Ä [BÄ 2Ä U 25/12Ä RÄ](#) â□□ [BSGE 115, 256](#) =Ä SozR 4-2700 Ä§ 136 Nr 6, RdNrÄ 15; BSG Urteil vom 28.6.1990 â□□Ä [4Ä RA 57/89Ä](#) â□□ [BSGE 67, 104](#) =Ä [SozR 31300 Ä§Ä 32 NrÄ 2](#) â□□Ä juris RdNrÄ 31).

23

Die Anforderungen an die notwendige inhaltliche Bestimmtheit des Verwaltungsakts richten sich im Einzelnen nach den Besonderheiten des jeweils anzuwendenden materiellen Rechts (stRspr; zB BSG Urteil vom 11.7.2017 â□□Ä [BÄ 1Ä KR 26/16Ä R](#) Ä â□□ [BSGE 123, 293](#) =Ä SozR 42500 Ä§Ä 13 NrÄ 36, RdNrÄ 17 mwN). UnschÄ¶dlich ist, wenn der Regelungsgehalt des VerfÄ¶gungssatzes anhand der BegrÄ¶ndung des Verwaltungsakts einschlieÄ¶lich seiner Anlagen, unter RÄ¶ckgriff auf frÄ¶here Bescheide oder auf allgemein zugÄ¶ngliche Unterlagen durch Auslegung ermittelt werden muss (stRspr; zB BSG Beschluss vom 6.3.2020 â□□Ä [BÄ 9Ä SB 86/19Ä B](#) Ä â□□ juris RdNrÄ 6; BSG Urteil vom 25.10.2017 â□□Ä [BÄ 14Ä AS 9/17Ä RÄ](#) â□□ SozR 41300 Ä§Ä 45 NrÄ 19 RdNrÄ 17). Diese AuslegungsmÄ¶glichkeiten finden ihre Grenze allerdings dort, wo auch nach methodengerechter Auslegung mehrere DeutungsmÄ¶glichkeiten verbleiben und es allein dem Adressaten Ä¶berlassen bleibt, Gegenstand, Inhalt, Zeitpunkt und Umfang einer Regelung zu bestimmen. Denn die in begÄ¶nstigende Rechtspositionen eingreifende BehÄ¶rde ist verpflichtet, diese Entscheidung selbst zu treffen und dem Adressaten bekannt zu geben (BSG Urteil vom 29.11.2012 â□□Ä [BÄ 14Ä AS 196/11Ä RÄ](#) â□□ SozR 41300 Ä§Ä 33 NrÄ 2 RdNrÄ 16 mwN; s auch BSG Urteil vom 25.10.2017 â□□Ä [BÄ 14Ä AS 9/17Ä RÄ](#) â□□ SozR 41300 Ä§Ä 45 NrÄ 19 RdNrÄ 23 mwN).

24

Zur Auslegung von Verwaltungsakten ist auch das BSG als Revisionsgericht berufen; es ist befugt, den Inhalt von Verwaltungsakten selbststÄ¶ndig und damit gegebenenfalls sogar abweichend von den Vorinstanzen auszulegen (stRspr; zB BSG Urteil vom 25.8.2022 â□□Ä [BÄ 9Ä V 2/21Ä RÄ](#) â□□ SozR 43100 Ä§Ä 18a NrÄ 1 â□□Ä juris RdNrÄ 20; BSG Urteil vom 28.6.2022 â□□Ä [BÄ 2Ä U 9/20Ä RÄ](#) â□□ juris RdNrÄ 15; BSG Urteil vom 25.10.2017 â□□Ä [BÄ 14Ä AS 9/17Ä RÄ](#) â□□ SozR 41300 Ä§Ä 45 NrÄ 19 RdNrÄ 24).

25

bb)Ä Gemessen an diesen Vorgaben genÄ¶gt der Herabsetzungsbescheid des Beklagten vom 19.6.2017 auch hinsichtlich seines Wirksamkeitszeitpunkts den Anforderungen des [Ä§Ä 33 AbsÄ 1 SGBÄ X](#) an die inhaltliche Bestimmtheit von Verwaltungsakten. Der KlÄ¶ger konnte bei verstÄ¶ndiger WÄ¶rdigung des Bescheids erkennen und feststellen, ab wann die darin verfÄ¶gte Herabsetzung des GdB wirksam werden sollte.

26

Entgegen der Ansicht des KlÄ¶gers ist ein Herabsetzungsbescheid nicht deshalb zu unbestimmt, weil er fÄ¶r den Beginn der Herabsetzung des GdB kein konkretes Datum benennt, sondern vielmehr festlegt, dass diese ab Bekanntgabe des

---

Bescheids wirksam sein soll. Denn der Beklagte hat damit gegen<sup>1/4</sup>ber dem Kl<sup>1/4</sup>ger lediglich iS von [Â§Â 31 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) f<sup>1/4</sup>r dessen Einzelfall geregelt, was von Gesetzes wegen ohnehin nach der Grundregel des [Â§Â 39 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) gegolten h<sup>1/4</sup>tte.

27

(1)Â Der Senat hat bereits in seinen Entscheidungen zur zeitlichen Teilbarkeit eines Verwaltungsakts (Urteil vom 21.12.2022 â<sup>1/4</sup> BÂ 9Â SB 3/20Â RÂ â<sup>1/4</sup> juris RdNrÂ 15; Urteil vom 16.12.2021 â<sup>1/4</sup> BÂ 9Â SB 6/19Â RÂ â<sup>1/4</sup> SozR 41300 Â§Â 48 NrÂ 40 RdNrÂ 19, 31; Urteil vom 16.12.2021 â<sup>1/4</sup> BÂ 9Â SB 7/19Â RÂ â<sup>1/4</sup> juris RdNrÂ 17, 21 ff, 29) eine Herabsetzung des GdB f<sup>1/4</sup>r die Zukunft â<sup>1/4</sup>ab Bekanntgabeâ<sup>1/4</sup> iS von [Â§Â 37 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) f<sup>1/4</sup>r zul<sup>1/4</sup>ssig erachtet. Zur Frage der Wirksamkeit der Herabsetzung mit der Bekanntgabe des Bescheids nach [Â§Â 39 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ X](#) hat er ausgef<sup>1/4</sup>hrt, dass dieser Zeitpunkt â<sup>1/4</sup> soweit notwendigÂ â<sup>1/4</sup> von den Gerichten zu ermitteln und festzustellen ist (vgl BSG Urteil vom 21.12.2022 â<sup>1/4</sup> BÂ 9Â SB 3/20Â RÂ â<sup>1/4</sup> juris RdNrÂ 21). Im <sup>1/4</sup>brigen zeigt auch schon der Rechtsgedanke des [Â§Â 32 AbsÂ 2 NrÂ 2 SGBÂ X](#), dass der Inhalt eines Verwaltungsakts bei Erlass von dem â<sup>1/4</sup>ungewissen Eintritt eines zuk<sup>1/4</sup>nftigen Ereignissesâ<sup>1/4</sup> abh<sup>1/4</sup>ngen kann, ohne zu unbestimmt iS des [Â§Â 33 AbsÂ 1 SGBÂ X](#) zu sein.

28

(2)Â Der Bedeutungsgehalt des Begriffs â<sup>1/4</sup>Bekanntgabeâ<sup>1/4</sup> ist f<sup>1/4</sup>r einen verst<sup>1/4</sup>ndigen Bescheidempf<sup>1/4</sup>nger zu erkennen. Dieser Begriff ist â<sup>1/4</sup> wie oben unterÂ 1. aufgezeigtÂ â<sup>1/4</sup> in Rechtsprechung und Schrifttum zu [Â§Â 37 AbsÂ 1 SatzÂ 1, 39 AbsÂ 1 SGBÂ X](#) gekl<sup>1/4</sup>rt. Die Annahme, der Beklagte wolle diesen Begriff im Verf<sup>1/4</sup>gungssatz des Herabsetzungsbescheids anders verstanden wissen, ist daher fernliegend. Vielmehr ist die Bekanntgabe â<sup>1/4</sup> wie oben unter 1. ebenfalls ausgef<sup>1/4</sup>hrtÂ â<sup>1/4</sup> mit dem Zugang des Verwaltungsakts vollzogen. Bei schriftlichen Verwaltungsakten wird der Zugang durch die Verschaffung der tats<sup>1/4</sup>chlichen Verf<sup>1/4</sup>gungsgewalt <sup>1/4</sup>ber das den Verwaltungsakt verk<sup>1/4</sup>pernde Schriftst<sup>1/4</sup>ck bewirkt, sobald unter normalen Umst<sup>1/4</sup>nden die M<sup>1/4</sup>glichkeit der Kenntnisnahme besteht. Diesen Zeitpunkt kann ein verst<sup>1/4</sup>ndiger Empf<sup>1/4</sup>nger regelm<sup>1/4</sup>ig ohne Weiteres erkennen oder sich diese Kenntnis jedenfalls mit zumutbarem Aufwand verschaffen.

29

Die Verkn<sup>1/4</sup>pfung der Wirksamkeit des Herabsetzungsbescheids mit dessen Bekanntgabe stellt diese auch keineswegs zur Disposition des Adressaten. Als tats<sup>1/4</sup>chliches Ereignis steht die Bekanntgabe nicht in dessen Belieben. Er kann den Zugang insbesondere nicht dadurch vereiteln, dass er die Kenntnisnahme des in seinen Machtbereich gelangten Verwaltungsakts verweigert oder unterl<sup>1/4</sup>sst. Zudem besteht grunds<sup>1/4</sup>tlich eine Obliegenheit, Bescheide zu lesen und deren Inhalt zur Kenntnis zu nehmen (BSG Urteil vom 4.9.2013 â<sup>1/4</sup> BÂ 10Â EG 7/12Â RÂ â<sup>1/4</sup> BSGE 114, 180 =Â SozR 41300 Â§Â 31 NrÂ 8, RdNrÂ 26).

30

(3)Â Die fehlende Erkennbarkeit des genauen Zeitpunkts der Wirksamkeit eines

---

Verwaltungsakts für Dritte, der – wie hier – die Herabsetzung des GdB mit seiner Bekanntgabe wirksam werden lässt, hat keine Auswirkungen auf dessen hinreichende inhaltliche Bestimmtheit. Denn der Adressat kann den Bekanntgabe- und Wirksamkeitszeitpunkt des an ihn gerichteten Bescheids bei Erhalt – wie oben ausgeführt – im Regelfall ohne Weiteres feststellen und deshalb auch Dritten mitteilen.

31

Das zugrunde liegende materielle Recht verlangt nach [§ 69 Abs 1 Satz 1](#) und 2 SGB IX in seiner hier noch maßgeblichen bis zum 31.12.2017 geltenden Fassung des Gesetzes vom 19.6.2001 ([BGBl I 1046](#); seit 1.1.2018 [§ 152 Abs 1 Satz 1](#) und 2 SGB IX in der Fassung des Gesetzes vom 23.12.2016, [BGBl I 3234](#)), dass die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen Behörden auf Antrag des behinderten Menschen das Vorliegen einer Behinderung und den GdB zum Zeitpunkt der Antragstellung oder zu einem früheren Zeitpunkt feststellen. Denn diese Feststellungen dienen der Inanspruchnahme einer Vielzahl von konkreten Leistungsansprüchen und Vergünstigungen aus zahlreichen unterschiedlichen Vorschriften auch außerhalb des Schwerbehindertenrechts. Ohne eine echte Drittwirkung zu entfalten, binden sie zu diesem Zweck ua auch andere Behörden, etwa Finanzämter bei der Gewährung des Pauschbetrags für behinderte Menschen nach [§ 33b](#) Einkommensteuergesetz oder Jobcenter bei der Anerkennung von Mehrbedarfen nach [§ 21 Abs 4](#), [§ 23 Nr 2 SGB II](#) (vgl BSG Urteil vom 16.12.2014 – [B 9 SB 3/13 R](#) – SozR 41200 § 66 Nr 7 RdNr 21; BVerwG Urteil vom 12.7.2012 – [5 A C 16.11](#) – BVerwGE [143, 325](#) – juris RdNr 21).

32

Im Fall einer Herabsetzung wegen einer Änderung der Verhältnisse ist von [§ 48 Abs 1 Satz 1 SGB X](#), insbesondere wenn der GdB auf weniger als 50 absinkt und damit die Voraussetzungen des [§ 2 Abs 2 SGB IX](#) entfallen, obliegt es dem Adressaten eines Herabsetzungsbescheids im Rahmen seiner jeweiligen Mitwirkungspflichten – etwa nach [§ 60 Abs 1 Satz 1 Nr 2 SGB I](#) oder nach [§ 90 Abs 1 AO](#) – diesen Behörden den Zeitpunkt der Wirksamkeit der im Bescheid verfügten Herabsetzung des GdB mitzuteilen. Entsprechendes kann zB auch gegenüber einem Arbeitgeber gelten. Denn hat der Arbeitnehmer bei Einstellung dem Arbeitgeber seine Schwerbehinderung mitgeteilt, so trifft ihn die arbeitsvertragliche Nebenpflicht, den Arbeitgeber zu informieren, wenn sich der GdB so ändert, dass der Status als schwerbehinderter Mensch entfällt (Hessisches Landesarbeitsgericht Urteil vom 8.8.2018 – [13 Sa 1237/17](#) – juris RdNr 56). Mit dem Verlust des Status als schwerbehinderter Mensch verliert der Betroffene nämlich alle daraus folgenden Rechte und Vergünstigungen. Der Status des Schwerbehinderten beginnt grundsätzlich mit dem Vorliegen der Voraussetzungen des [§ 2 Abs 2 SGB IX](#) (vgl stRspr; zB BSG Urteil vom 7.11.2001 – [B 9 SB 3/01 R](#) – [BSGE 89, 79](#) – [SozR 33870 § 59 Nr 1](#) – juris RdNr 15; BVerwG Urteil vom 12.7.2012 – [5 A C 16.11](#) – [BVerwGE 143, 325](#) – juris RdNr 20; BAG Urteil vom 13.2.2008 – [2 ÄZR 864/06](#) – [BAGE 125, 345](#) – juris RdNr 16); er endet aber trotz Wegfalls dieser Voraussetzungen erst am Ende des dritten Kalendermonats nach Eintritt der

---

Unanfechtbarkeit des entsprechenden Bescheids ([Â§Â 199 AbsÂ 1 SGBÂ IX](#); sog Schon, Auslauf- oder Nachfrist; vgl hierzu Dau in Dau/DÃ¼well/Joussen/Luik, SGBÂ IX, 6.Â Aufl 2022, Â§Â 199 RdNrÂ 6; Koch in Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch, 19.Â Aufl 2021, Â§Â 178 RdNrÂ 28).

33

(4)Â Unbeachtlich fÃ¼r die Beurteilung der Bestimmtheit des Herabsetzungsbescheids des Beklagten vom 19.6.2017 ist auch, dass der genaue Zeitpunkt seiner Bekanntgabe gegenÃ¼ber dem KlÃ¤ger nicht mehr rekonstruiert werden kann, weil dieser sich nicht mehr an den Tag des Zugangs erinnern und der Beklagte ihn nicht nachweisen kann. Dies hat lediglich zur Folge, dass der Zeitpunkt der tatsÃ¤chlichen und der Zeitpunkt der beweisbaren Bekanntgabe auseinanderfallen.

34

Zwar wirft eine solche Konstellation Fragen nach den an den Wirksamkeitszeitpunkt anknÃ¼pfenden Rechtsfolgen im VerhÃ¤ltnis zwischen dem Adressaten, der den Bescheid ausstellenden BehÃ¶rde und den auf die Information Ã¼ber diesen Zeitpunkt angewiesenen Dritten auf. Die damit zusammenhÃ¤ngenden Fragen betreffen aber lediglich die Beweisebene und sind von derjenigen nach der hinreichenden inhaltlichen Bestimmtheit des Herabsetzungsbescheids zu trennen. Die Folgen der Beweislosigkeit des Zugangszeitpunkts trÃ¤gt derjenige, der sich auf einen bestimmten Zeitpunkt beruft (vgl BSG Urteil vom 26.7.2007 âÂ [BÂ 13Â R 4/06Â R](#) âÂ [SozR 42600 Â§Â 115 NrÂ 2](#) RdNrÂ 20; Pattar in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGBÂ X, Stand 21.12.2020, Â§Â 37 RdNrÂ 97). Steht âÂ wie hierÂ âÂ lediglich fest, dass der Bescheid dem Adressaten zu einem bestimmten Zeitpunkt zugegangen und damit iS des [Â§Â 37 AbsÂ 1 SatzÂ 1](#), [Â§Â 39 AbsÂ 1 SGBÂ X](#) bekannt gegeben sein muss, so entsteht dem Betroffenen hieraus kein Nachteil. Vielmehr verringert sich ihm gegenÃ¼ber die EingriffsintensitÃ¤t des Verwaltungsakts, weil er die ursprÃ¼ngliche Feststellung eines hÃ¶heren GdB und die davon (insbesondere vom Status als schwerbehinderter Mensch) abhÃ¤ngige LeistungsgewÃ¤hrung durch Dritte mÃ¶glicherweise fÃ¼r einen âÂ regelmÃ¤Ãig allerdings nur geringfÃ¼gigÂ âÂ lÃ¤ngeren Zeitraum beanspruchen kann.

35

(5)Â SchlieÃlich stellt auch die Bekanntgabefiktion des [Â§Â 37 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ X](#), die im Fall des KlÃ¤gers ohnehin nicht greift (s oben unterÂ 1.), die inhaltliche Bestimmtheit eines Verwaltungsakts nicht infrage, dessen Wirksamkeitsbeginn an die Bekanntgabe geknÃ¼pft ist. Die diese Fiktion auslÃ¶senden Ã¤uÃeren UmstÃ¤nde, insbesondere der notwendige Vermerk der Aufgabe des den Verwaltungsakt verkÃ¶rpernden SchriftstÃ¼cks zur Post in den BehÃ¶rdenakten, lassen sich im Zweifelsfall eindeutig feststellen. Dies macht den Tag der Bekanntgabe (âÂ dritter TagÂÂ nach der Aufgabe zur Post) hinreichend bestimmbar. Ohnehin bleibt es dem Bescheid-Adressaten nach [Â§Â 37 AbsÂ 2 SatzÂ 3 SGBÂ X](#) unbenommen, die Bekanntgabefiktion durch substantiierten Vortrag zur MÃ¶glichkeit eines spÃ¤teren Zugangs zu erschÃ¤ttern (vgl Engelmann in SchÃ¼tze, SGBÂ X, 9.Â Aufl 2020, Â§Â 37 RdNrÂ 33).

---

36

b) Ob die Herabsetzung des GdB des Klägers mit Wirkung ab Bekanntgabe des Bescheids vom 19.6.2017 im Übrigen materiell rechtmäßig ist, kann der Senat mangels ausreichender tatsächlicher Feststellungen zu den gesundheitlichen Verhältnissen des Klägers nicht entscheiden. Zu solchen Feststellungen hatte das LSG ausgehend von seiner Rechtsauffassung auch keinen Anlass. Es wird diese im wieder eröffneten Berufungsverfahren nunmehr nachholen müssen.

37

B. Das LSG wird zudem über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden haben.

Ä

Erstellt am: 16.11.2023

Zuletzt verändert am: 21.12.2024